

Ein Opfer der Hetze

Ostern 1968 wurde Rudi Dutschke in Westberlin niedergeschossen. Rechte Boulevardmedien hatten mehr oder weniger dazu aufgerufen. **Von Gerhard Hanloser**

Ich war so im Hass, ich hatte so eine Wut«, erklärte Josef Bachmann auf die Frage des Richters, warum er am 11. April 1968 auf Rudi Dutschke geschossen habe. Bachmann, ein Gelegenheitsarbeiter aus dem niedersächsischen Peine, hatte seine Stelle als Anstreicher gekündigt, ließ sich seinen ausstehenden Lohn auszahlen und machte sich auf den Weg nach Westberlin. Dort fragte er sich durch. Als er Dutschke schließlich auf dem Kurfürstendamm in der Nähe des Büros des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) entdeckte, feuerte er drei Schüsse auf ihn ab. Dutschke rief in Todesangst nach seinen Eltern. Ein Passant soll kommentiert haben: »Sieh mal an, wenn's ans Sterben geht, ruft sogar der nach Vater und Mutter.« Die kolportierte hämische Bemerkung verdeutlicht die innere Verhärtung der postfaschistischen Gesellschaft besser als Bachmanns plumpe Beschimpfung, die den ersten Schuss aus dem Revolver begleitete: »Du dreckiges Kommunistenschwein!«



Wer wird der nächste? Demonstration in Bonn nach dem Mordversuch an Rudi Dutschke (16.4.1968)

Springers Schuld

2009 enthüllte der *Spiegel*, dass Bachmann intensive Kontakte zu Neonazinetzwerken unterhalten hatte. 1968 wollten die Ermittler die Neonazispur nicht weiter verfolgen. »Einzeltäter«, lautete die Erklärung. Für die antiautoritäre Bewegung trugen Politik und ideologische Staatsapparate die Schuld an der Verhetzung des Josef Bachmann – allen voran die Springer-Presse, fanden sich doch in der *Bild* Aussagen wie: »Stoppt den Terror der Jungrotten jetzt!« In der Zeitung wurde durchgängig das Bild einer Ordnung und Sicherheit gefährdenden, wildgewordenen Studentenhorde gezeichnet. 2009 entzückte der Hinweis auf Bachmanns Nazi-connection den damaligen *Welt*-Chefredakteur Thomas Schmid. Der gewendete Linke schrieb, dass Springer »über die 68er-Bewegung sehr viel differenzierter« berichtet habe, als man gemeinhin denke. Außerdem sei Bachmann Leser der *Deutschen National-Zeitung* gewesen, ein neonazistischer Sonderling und mitnichten Prototyp des anständigen *Bild*-Lesers. Doch bereits im Februar 1968 hatten »normale Bürger« in Westberlin versucht, einen Verwaltungsangestellten zu lynchen, weil sie ihn für Dutschke hielten. »Man darf auch nicht die ganze Drecksarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen«, hatte *Bild* am 7. Februar 1968 geschrieben.

Mit Rudi Dutschke wurde eine zentrale Figur der Außerparlamentarischen Opposition (APO) getroffen. Er erlitt schwere Hirnverletzungen, an deren Spätfolgen er Weihnachten 1979 schließlich starb. Seine führende

Rolle im SDS, aber besonders seine öffentlichen Auftritte waren vor dem Attentat Gegenstand interner Kritik gewesen. Dabei mischte sich das Ressentiment minder Begabter mit berechtigter Kritik an medialer Personalisierung und eigentümlichem Personenkult. Dutschke betonte stets, dass die von ihm herbeigewünschte Revolution ein langer, komplizierter Prozess sei, in dem der Mensch anders werden müsse. Er wusste, dass diese Revolution keine Studentenrevolution sein könne. Im Februar 1968 hatte er in der Rede »Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf« auf dem Internationalen Vietnam-Kongress das Stichwort vom »langen Marsch durch die Institutionen« als einer praktisch-kritischen Tätigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgegeben. Eine missverständliche Wendung. Dutschke ging es nicht um die Anpassung an das Bestehende, nicht um eine schlichte revolutionäre Tarnung von Opportunismus und Karrierismus.

Dutschke vertrat als Ausnahmefigur der westdeutschen Revolte etwas, was sich die DDR stets auf die Fahnen geschrieben hatte: eine andere deutsche Geschichte und einen anderen nationalen Traditionsbestand gegen das Vorherrschende verkörpern zu wollen. 1977 fragte er: »Warum denken deutsche Linke nicht national? Die sozialistische Opposition in der DDR und in der Bundesrepublik muss zusammenarbeiten. Die DDR ist zwar nicht das bessere Deutschland. Aber sie ist ein Teil Deutsch-

lands.« Und darin sah er sich als authentischer Erbe von Marx und Engels: »Der Klassenkampf ist international, in seiner Form aber national. Die Bourgeoisie im Westen und die Monopolbürokratie im Osten versuchen den Arbeitern, Werktätigen, Studenten immer wieder einzureden, wo »Sozialismus« und wo »Freiheit« ist. Diese Vernebelung zu durchbrechen, zur konkreten Wahrheit vorzustoßen ist die erste Voraussetzung, um Identität und Geschichte zurückzugewinnen.« Seine Frau Gretchen Dutschke-Klotz, mit der er drei Kinder hatte, erläuterte diese Haltung 2003: »Rudi wollte die Unterwürfigkeit als Persönlichkeitsmerkmal der deutschen Identität abschaffen. (...) Er suchte etwas ganz Neues, das nicht anschluss an die autoritäre, nationalchauvinistische deutsche Vergangenheit.«

Gescheiterte Kommunikation

Dutschke schrieb Briefe an seinen Attentäter, die getragen waren von dem Glauben an die Einsichtsfähigkeit der Unterklassen sowie einem christlichen Vergebungswillen. »Für die Schweine der herrschenden Institutionen, für die Vertreter des Kapitals, für die Parteien und Gewerkschaften, für die Agenten der Kriegsmaschinerie und der »Medien« gegen das Volk, für die Parteifaschisten gegen die Massen, die sich überall finden, dürft Ihr täglich schufteln«, schrieb er Anfang Dezember 1968 aus Mailand, wo er sich bei dem linken Verleger Giangiacomo Feltrinelli erholte. »Ich mache Dir einen Vorschlag (...). Greife

die herrschenden Cliquen an: Warum haben sie Dich zu einem bisher so beschissenen Leben verdammt?« In einem zweiten Brief kurz vor Neujahr 1969 bekundete Dutschke abermals, Bachmann solle von den Suizidversuchen ablassen und anfangen zu lesen und nachzudenken. »Ich konnte nach der Schießerei nicht einmal lesen, musste alles neu lernen, bin immer noch dabei. Ich bin Ihnen wirklich nicht böse. Ich hasse die bestehende »Ruhe und Ordnung« dieses beschissenen Staates.« Schließlich antwortete Bachmann am 10. Januar 1969: »Meine Einstellung über unsere heutige Deutschland-Politik im allgemeinen: gut. Unser Wohlstand ist einer der besten auf der Welt. Jeder hat Arbeit und Brot, jeder kann frei studieren und machen, was er will. Nur frage ich mich: Warum wird demonstriert? Gegen was wird demonstriert? Warum will man die Arbeiterschaft und unser heutiges System den Verbrechern Ulbricht und Genossen in die Hand spielen?« Am 24. Februar 1970 beging Bachmann im Gefängnis Suizid, indem er sich mit einer Plastiktüte über dem Kopf erstickte. Nur fünf Trauergäste nahmen an seiner Beerdigung teil, unter ihnen Horst Mahler, damals allerdings noch kein Nazi, sondern Rudi Dutschkes Anwalt. Er legte im Auftrag seines Mandanten einen Blumenstrauß auf das Grab. Die Binde trug die Aufschrift: »Ein Opfer der Klassengesellschaft.« Nach Bachmanns Tod schrieb Dutschke: »Der Kampf für die Befreiung hat gerade erst begonnen; leider kann Bachmann daran nun nicht mehr teilnehmen.«

Die Namen der Mörder

Ich darf daran erinnern, welche Pogromhetze gerade von den Abgeordneten dieses Berliner Senats nach dem 2. Juni stattfand. Am 8. Juni bei der berüchtigten Abgeordnetenhaussitzung erdreisteten sich die Abgeordneten, eine Minoritätenhetze zu übernehmen, wie sie seit zwei Jahren von der Springer-Presse

gegen die Studenten geführt wurde. Ich erinnere daran, dass ein Neubauer (Kurt Neubauer, SPD, Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales, jw) und ein Schütz (Klaus Schütz, SPD, Regierender Bürgermeister, jw) anlässlich der Vietnam-Konferenz diese außerparlamentarische Opposition zusammenschlagen wollten. Ich erinnere

daran, dass auch Neubauer und Schütz zusammen mit der Springer-Presse die Verantwortung für einen Mörder tragen, der sich an Rudi herangemacht hat, um ihn niederzuschießen. Und ich spreche ganz deutlich aus: Die wirklichen Schuldigen heißen Springer, und die Mörder heißen Neubauer und Schütz!

■ Bernd Rabehl in einer Rede nach dem Anschlag auf Rudi Dutschke im Auditorium Maximum der Technischen Universität, zitiert nach: Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker: Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998, S. 175

Anno ... 15. Woche

1848, 13. April: In Konstanz am Bodensee bricht eine bewaffnete Gruppe von geschätzt 50 Personen unter der Führung des Revolutionärs Friedrich Hecker auf. Ihr Ziel ist es, sich mit anderen Bürgerwehren zu vereinigen und nach Karlsruhe zu ziehen, um dort den Großherzog Leopold von Baden zu entmachten und die Republik auszurufen. Da sich dem sogenannten Hecker-Zug weniger Freiwillige als erwartet anschließen, gelingt es den Truppen des Deutschen Bundes bald die an die 800 Aufständischen nach Südwesten abzurängen. Am 20. April kommt es schließlich bei Kandern zu einer Schlacht, in deren Folge die Revolutionäre geschlagen werden. Hecker gelingt es zusammen mit anderen Teilnehmern nach Basel zu fliehen. Er emigriert schließlich im September in die USA.

1968, 9. April: In der DDR tritt eine neue Verfassung in Kraft, die die Konstitution von 1949 ersetzt. Der im Februar vom Zentralkomitee der SED vorgelegte Entwurf, der in verschiedenen Aussprachen öffentlich diskutiert wurde, ist am 6. April in einer Volksabstimmung bestätigt worden. Die neue Verfassung definiert die DDR als »sozialistischen Staat deutscher Nation« und als »Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen«. Das Ziel einer Vereinigung mit Westdeutschland »auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus« wird explizit festgehalten. Als Erich Honecker 1971 Vorsitzender der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird, werden sämtliche Bezüge auf die deutsche Einheit im Oktober 1974 aus der Verfassung gestrichen.

1983, 13. April: Nach anhaltenden öffentlichen Protesten und der Ankündigung von Verweigerungsaktionen stoppt das Bundesverfassungsgericht per einstweiliger Verfügung die von der Bundesregierung vorgesehene Volkszählung, die eine totale Erfassung von Daten aller in der BRD lebenden Menschen vorsieht. Im Dezember erklärt das Gericht schließlich erhebliche Teile des Volkszählungsgesetzes für verfassungswidrig und konstatiert ein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Als 1987 erneut eine Volkszählung angesetzt wird, kommt es zu einem umfassenden Boykott.

ANZEIGE



Entschleunigung Ruhe & Natur satt im Müritz-Nationalpark

3 FeWo für je 2-3 Personen,
ganzjährig in Kratzburg-Granzin,
Havel & Havelseen, Boot & Rad.

Info: www.trinogga.de • Telefon: 03 98 22/29 94 88